

**Antragsbuch zur Landesmitgliederversammlung
RLP am 14.02.2016 (LMV2016.1)
Mainz Landesgeschäftsstelle
(Stand 10.02.2016)**

SATZUNGSAНTRÄGE:

- (2016.1/001 - Satzungsantrag zum Landesparteitag zur Aufhebung der Doppel-Mitgliedschaft

WAHLPROGRAMMANTRÄGE:

- (2016.1/002) - Einfügen des Abschnitt "Sozialpolitik" ins Wahlprogramm
- (2016.1/003) - Bedingungsloses Grundeinkommen BGE
- (2016.1/004) - Mindestlohn auch für Langzeitarbeitslose
- (2016.1/005) - Erweiterung Einwanderungspolitik
- (2016.1/006) - Wieder einfügen des einleitenden Absatzes zu Asyl

POSITIONSPAPIERE:

- (2016.1/007) - Kostenlose Grundversorgung Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk
- (2016.1/008) - Fluchtgründe verhindern

SONSTIGE ANTRÄGE:

- (2016.1/009) - Das BGE vom Kopf auf die Beine stellen!

Satzungsanträge RLP 2014.3

- Aufhebung der Doppel-Mitgliedschaft

Satzungsantrag Nr: 2016.1/001

Kurzbeschreibung: Satzungsantrag zum Landesparteitag zur Aufhebung der Doppel-Mitgliedschaft

Betrifft: §14 Bundessatzung (!)

Antragstext:

Text siehe fogendes PDF:

https://wiki.piratenpartei.de/Datei:Antrag_AT_Doppelmitgliedschaft.pdf

Begründung:

siehe PDF

Anmerkung: Antrag kann nicht abgestimmt werden, da in RLP Doppelmitgliedschaft nicht in der Satzung steht.

[zurück](#)

Wahlprogrammanträge RLP

- Einfügen des Abschnitt "Sozialpolitik" ins Wahlprogramm

Wahlprogrammantrag Nr: 2016.1/002

Kurzbeschreibung: Einfügen des Abschnitt "Sozialpolitik" ins Wahlprogramm

Betreff: neuer Programmpunkt

Antragstext:

Der Abschnitt Sozialpolitik soll wieder in unser Wahlprogramm eingefügt werden, damit Anträge eingefügt werden können.

Begründung:

Der Abschnitt Sozialpolitik fehlt und ist wichtig

[zurück](#)

- Bedingungsloses Grundeinkommen BGE

Wahlprogrammantrag Nr: 2016.1/003

Kurzbeschreibung: Bedingungsloses Grundeinkommen BGE

Betrifft: Punkt Sozialpolitik

Antragstext:

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Als vielversprechendste Lösung für dieses Problem sehen wir ein bundesweites oder gar EU-weites bedingungsloses Grundeinkommen an. Hierbei wird jedem Menschen der gleiche monatliche Grundbetrag ausgezahlt. Einnahmen durch Erwerbsarbeit kommen hinzu und werden nicht mit dem BGE verrechnet.

Dafür entfallen Steuerfreibeträge auf Einkommen, staatliche Transferleistungen (ALG II, BAföG, Kindergeld, Grundsicherung im Alter etc.) sowie die damit zusammenhängenden Bedarfsprüfungen. Hierdurch wird der Verwaltungsapparat in hohem Maße reduziert, was einerseits Kosten senkt und andererseits die Abhängigkeit der Bedürftigen vom Gutdünken der Sachbearbeiter beendet.

Zwei entscheidende Punkte bei der Einführung des Grundeinkommens sind dessen Höhe und Finanzierung. Hierzu gibt es bereits mehrere realistische Modelle, wobei wir uns bewusst nicht auf eines festlegen. Wir wollen vielmehr dazu beitragen, die Diskussion über das Grundeinkommen in die Gesellschaft zu tragen, um ein breites Bewusstsein für dessen Wert zu schaffen. Ob es eingeführt werden soll, muss über einen Volksentscheid ermittelt werden. Ebenso sollen Höhe und Finanzierungsmodell nicht von der Politik, sondern von den Bürgern selbst festgelegt werden.

Begründung:

Das BGE ist eine Perspektive zu unserem derzeitigen Rentensystem. Es wurde bei der redaktionellen Bearbeitung des alten Wahlprogramms gestrichen. Meiner Meinung nach ist es zu wichtig um darauf im Wahlprogramm zu verzichten.

[zurück](#)

- Mindestlohn auch für Langzeitarbeitslose

Wahlprogrammantrag Nr: 2016.1/004

Kurzbeschreibung: Mindestlohn auch für Langzeitarbeitslose

Betrifft: Punkt Sozialpolitik

Antragstext:

Die Piratenpartei spricht sich für eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz mit dem Ziel aus, dass der gesetzliche Mindestlohn auch für Langzeitarbeitslose zur Anwendung kommt. Für gleiche Arbeit muß auch der gleiche Lohn gezahlt werden. (Text des Antrages zweite Zeile etc.)

Begründung:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

[**zurück**](#)

- Erweiterung Einwanderungspolitik

Wahlprogrammantrag Nr: 2016.1/005

Kurzbeschreibung: Text zur Einwanderungspolitik mit einem Punkt 7.1 o 7.2 Asylpolitik erweitern

Betrifft: Punkt Einwanderungspolitik

event. konkurrierend mit 2016.1/006

Antragstext:

Hiermit beantrage ich den Punkt 7 des Wahlprogramm mit einem Unterpunkt Asylpolitik wie folgt zu erweitern:

- Asylpolitik

Zuflucht vor politischer Verfolgung, und den Folgen von Krieg und Bürgerkrieg zu gewähren gehört zu den elementaren Verpflichtungen des Völkerrechts. Diese Pflicht ist eine Gemeinschaftsaufgabe, für die sich die Piratenpartei einsetzt.

- Ausweitung der Asylgründe

Menschen, die vor Diskriminierung, der Verfolgung aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität beziehungsweise Orientierung, vor Klima- und Umweltkatastrophen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe oder wegen der Existenzbedrohung durch Armut und Hunger geflohen sind, müssen ebenfalls als asylberechtigt anerkannt werden. Auch diese Fluchtgründe sind mittelbar oder unmittelbar Folge politischer Entscheidungen. Eine Hierarchisierung von Fluchtgründen lehnen wir ab. Außerdem lehnen wir pauschale Kategorisierungen von Staaten als „sichere Herkunftsländer“ ab. Schutzsuchende haben ein Recht auf individuelle Prüfung ihrer Situation. Wir verweisen hier auch auf die Genfer Flüchtlingskonvention, die in Deutschland seit dem 24.12.1953 Gültigkeit hat.

- Keine Mauern und Zäune an Grenzen

Die Piratenpartei will die Flüchtlings- und Asylpolitik einer grundlegenden Neuausrichtung unterziehen. Eine „Festung Europa“ ist aus humanen und ökonomischen Gründen nicht hinnehmbar. Die Flüchtlings- und Asylpolitik muss auf der Achtung der Menschenrechte beruhen und die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der UN-Kinderrechtskonvention respektieren. Statt die Abriegelung Europas weiter voranzutreiben, muss die EU Maßnahmen zur sicheren Grenzüberquerung von flüchtenden Menschen, besonders auf den Meeren vor Europa, treffen, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Auf diese Maßnahmen muss Rheinland-Pfalz im Bund und der EU hinarbeiten.

- Ablehnung der präventiven Inhaftierung von Asylsuchenden

Wir kritisieren die momentane Praxis, immer neue Straftatbestände und Inhaftierungsgründe zu konstruieren, um Schutzsuchende in Haft zu nehmen. Flucht und die Möglichkeit auf Stellung eines Asylantrages sind ein Grundrecht. Wir wenden uns auch gegen Schnellverfahren an Landesgrenzen und auf Flughäfen.

- Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention

Im Umgang mit minderjährigen Geflüchteten muss Rheinland-Pfalz die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention garantieren. Die Abschiebung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ist nicht hinnehmbar.

Kindern und Jugendlichen, die geflüchtet sind, muss der Schutz und die Unterstützung zuteilwerden, die alle Kinder in Rheinland-Pfalz genießen. Dazu gehört insbesondere der Zugang zu Bildung.

- Recht auf ein menschenwürdiges Leben

Menschen, die in Rheinland-Pfalz Zuflucht suchen, haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auf Bewegungsfreiheit und die Teilhabe an der Arbeitswelt, an Bildung und Kultur. Das gilt bereits, wenn die Gründe der Flucht noch nicht anerkannt sind. Gerade dann ist das Erlernen der deutschen Sprache sehr wichtig. Dies gilt gerade, wenn eine Rückkehr in das Herkunftsland nicht möglich ist.

Wir wenden uns insbesondere gegen eine Begrenzung der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht) für Asylsuchende in Rheinland-Pfalz und Deutschland. Es bedarf aktiven politischen Handelns um Rassismus und Feindlichkeit gegenüber Schutzsuchenden bundesweit entgegenzutreten. Aus unserem Verständnis einer offenen, freien, solidarischen, demokratischen und inklusiven Gesellschaft heraus lehnen wir eine Art des Umgangs mit Geflüchteten ab, die Menschen- und Grundrechte missachtet.

- Deklarierung zu sicheren Herkunftsländern

Die Piratenpartei lehnt die Praxis ab, vorschnell Länder den Status sicheres Herkunftsland zu erteilen. Länder, deren Bevölkerung durch Einsatz der Bundeswehr geschützt werden muss, können nicht den Kriterien des sicheren Herkunftsland entsprechen.

Begründung

Die Politik und der Umgang mit den Geflüchteten dominiert klar den Wahlkampf 2016 - Wir sollten da klare Kante zeigen. Die Punkte sind zum größten Teil aus dem EU Programm übernommen und nur in Kleinigkeiten abgeändert und auf RLP angepasst.

[**zurück**](#)

- Wieder einfügen des einleitenden Absatzes zu Asyl

Wahlprogrammantrag Nr: 2016.1/006

Kurzbeschreibung: Wieder einfügen des einleitenden Absatzes zu Asyl

Betrifft: Punkt Einwanderungspolitik

event. konkurrierend mit 2016.1/005

Antragstext:

Der Absatz: "Wer aus seiner Heimat vor Verfolgung, Diskriminierung oder Gewalt flieht, muss in Europa Asyl erhalten können. Dieser Grundsatz darf nicht beschränkt werden. Wir wollen diesem Menschenrecht wieder seine volle Bedeutung zukommen lassen.", soll wieder als einführender Absatz dem Abschnitt Einwanderungspolitik vorangestellt werden.

Begründung:

Dieser Satz fiel der redaktionellen Bearbeitung zum Opfer, ist aber zu grundsätzlich und wichtig um gestrichen zu bleiben.

[zurück](#)

POSITIONSPAPIERE

- Kostenlose Grundversorgung Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk

Positionspapier Nr: 2016.1/007

Kurzbeschreibung: Kostenlose Grundversorgung durch den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk

Betrifft: Positionspapier Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk

Antragstext:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, den Umfang der Grundversorgung, die zu erbringen Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist, klar zu definieren. Die Grundversorgung soll kostenlos angeboten werden und folgendes umfassen: Vorschlagsliste: Information und Nachrichten Bildung und Kultur Wissenssendungen und Ratgeber. Die Neutralität der Sender muss durch einen unabhängigen Rundfunkrat sichergestellt werden. Über den Etat muss gemeinsam mit dem Rundfunkrat jährlich entschieden werden. Über diese kostenlose Grundversorgung hinausgehende Sendungen sind z. B. aus Werbeeinnahmen oder aus freiwilligen Beiträgen zu finanzieren.

Begründung:

Die kostenlose Grundversorgung wurde bei der redaktionellen Überarbeitung aus dem Wahlprogramm gestrichen und soll als Positionspapier wieder aufgenommen werden.

[zurück](#)

- Fluchtgründe verhindern

Positionspapier Nr: 2016.1/008

Kurzbeschreibung: Damit beginnen Fluchtgründe zu verhindern und Bleibeoption in den Ländern zu schaffen, aus denen die Menschen fliehen.

Betrifft: Positionspapier Asyl- und Einwanderungspolitik

Ersetzt Antrag:

Dieses Positionspapier würde dann Positionspapier 1.3 ersetzen."Globale Problematiken, wie die Flüchtlingsproblematik, müssen konsequenter und frühzeitiger analysiert werden, um im Vorfeld Lösungen zu erarbeiten."

Antragstext:

Die Ausgangsposition

Viele Länder befinden sich zur Zeit im Krieg oder schweren Krisen. Im arabischen Raum sind viele Länder seit dem arabischen Frühling noch nicht zur Ruhe gekommen und befinden sich in einem latenten Bürgerkrieg. Parallel dazu vergrößern sich Hungersnöte in immer mehr Ländern Afrikas und anderen Regionen dieser Erde. Diese Krisen und Klimakatastrophen werden auch in den kommenden Jahren zu immer mehr Flüchtlingen führen. Die Piratenpartei ist zu der Überzeugung gelangt, um internationale Krisen und Konflikte dauerhaft zu überwinden, müssen neue Denk- und Arbeitsstrukturen zur Krisenbewältigung angewandt werden. Lösungen sind nur in internationalen Übereinkommen zu finden. Dazu müssen nationalstaatliche Vorteile zugunsten von humanen, globalen Lösungen in den Hintergrund treten. Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass wir sämtliche überregionalen wirtschaftlichen und sozialen Handlungen immer unter den Aspekten der globalen Verträglichkeit betrachten.Wir fordern deshalb als Sofortmaßnahmen:

- Sich beim internationalen Waffenhandel ab sofort an bestehende Gesetze zu halten und jeden Handel mit anderen Nationen oder Organisationen transparent und leicht auffindbar darzulegen.
- Mittel und langfristig sollte der Waffenhandel stark eingeschränkt oder komplett aufgegeben werden.
- Freihandelsabkommen in der Größenordnung von TTIP, CETA oder TISA sind nicht zu ratifizieren oder sofort zu stoppen. Mit diesen Abkommen werden Drittländer sehr oft benachteiligt, was indirekt zu Flüchtlingswellen in diesen Ländern führt.
- Subventionierter Nahrungsmittelexport in Entwicklungsländer hat sofort zu unterbleiben. Er führt dort zum Sterben der Landwirtschaft und damit wird die Möglichkeit der Selbstversorgung ruiniert.
- Die, teilweise industrielle, Überfischung der Weltmeere, besonders vor den Küsten von Entwicklungsländern muss sofort gestoppt werden.
- Es ist nicht hinnehmbar dass 62 Menschen so viel besitzen wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Hier müssen in der Geld- und Fiskalpolitik Regelungen getroffen werden, die Entwicklungshilfezahlungen, Hilfskredite der Weltbank oder Handelskredite zur Lebensmittelversorgung sicherstellen.
- Viele arme Entwicklungsländer sind auf den Export von Rohstoffen

energetischer, metallischer oder pflanzlicher Art angewiesen. Der Handel mit diesen muss klaren Richtlinien unterliegen die keine großen Preisschwankungen zulassen.

- Der potentiellen Klima-Katastrophe Klima muss wesentlich mehr internationale Beachtung geschenkt werden. Die Ursache und die Konsequenzen der Klimaveränderung sind global, und sie verlangen nach einer sofortigen globalen Antwort. Vorgaben von Klimakonferenzen müssen wesentlich genauer beachtet und durchgesetzt werden.
- Internationale Konferenzen zur Beilegung von Kriegen und Krisen sind zu Befürworten, besser ist es aber diese Konferenzen schon präventiv abzuhalten wenn Krisensituationen zu erkennen sind. Hier müssen von der interantionalen Gemeinschaft (UNO) Szenarien entwickelt werden die Konflikte frühzeitig erkennen lassen. Krisenprävention hat hier Vorrang.
- Das Geld welches viele Länder in Europa gerade in Personal, Mauern und Zäune zur Grenzsicherung investieren, sollte sofort zur Linderung der Not in großen Flüchtlingslagern bereit gestellt werden.
- Auf das Entstehen vieler Krisen- und Konfliktsituationen wird seit Jahren hingewiesen, ohne dass entsprechende Maßnahmen getroffen werden, deshalb ist diese Liste nur beispielhaft, und unterliegt einer stetigen Veränderung.
- Ein lösungsorientiertes Vorgehen erfordert daher eine Abkehr von kurzfristigen, nationalen Interessen hin zu einer gemeinsamen internationalen Vorgehensweise, die langfristig zudem auf demokratischen Fundamenten ruhen muss.

Nur ein angepasstes wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht aller Staaten wird Krieg und weitere Flüchtlingswellen verhindern und sollte in einer aufgeklärten Gesellschaft angestrebt werden. Für diese globalen Denkweisen setzt sich die Piratenpartei ein. Das Errichten von Mauern und Grenzzäunen wird Flüchtlingsströme, wenn überhaupt, nur kurz verhindern, aber zukünftige auf keinen Fall aufhalten, es sei denn man erschießt sie.

Begründung:

Keiner hat zur Zeit eine umfassende Lösungsoption, deshalb sollte wir als Partei die in die Zukunft denkt, lieber kleine Schritte aufzeigen, als gar keine zu haben. Nur Mauern zu errichten und Zäune zu bauen oder andere Staaten zu unterstützen damit diese Grenzen schließen, darf keine humane Politik einer globalen Gesellschaft sein.

[zurück](#)

SONSTIGE ANTRÄGE:

- Das BGE vom Kopf auf die Beine stellen!

Sonstiger Antrag Nr: 2016.1/009

Kurzbeschreibung: Das bedingungslose Grundeinkommen darf nicht nur für den Einzelnen existenzsichernd und nutzenmaximierend sein.

Betrifft: ?

Antragstext:

Das bedingungslose Grundeinkommen darf nicht nur für den Einzelnen existenzsichernd und nutzenmaximierend sein. Angesichts der postdemokratischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und der vorhersehbaren Zukunft muss es den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein Beitrag zur Demokratie sein. Daher sehen die Piraten zwei unterschiedliche Zahlungen vor:

Eine bedingungslose Zahlung an alle mit Lebensmittelpunkt in Deutschland, die alle oder die wichtigsten bisherigen Sozialleistungen ablöst. Dieser Betrag schließt eine Flat-Erstattung der Verbrauchssteuern ein, wie sie bei einem Einkommen in Höhe der Armutsgrenze anfallen. Diese Zahlung ist zu versteuern.

Eine Zahlung für Dienste aller Art, die Bürger für Bürger leisten. Alle, die sich in den Bürgerdienst einschreiben, erhalten Bürgergeld und übernehmen eine oder mehrere Patenschaften. Jugendliche, Eltern, Behinderte und Greise sind auf Antrag von Verpflichtungen befreit. Bürgerdienste sind lokal und selbstverwaltend zu organisieren.

Begründung:

Das bedingungslose Grundeinkommen, wie bisher angedacht, hat Klassencharakter und begünstigt diejenigen, die es vorschlagen: Bildungsbürger mit niedrigem Einkommen. Ein Schauspieler weiß, dass er zu 90 % arbeitslos sein wird; mit einem Grundeinkommen kann er umsonst schauspielen. Die meisten Bildungsbürger wissen den geschenkten Freiraum gut zu nutzen.

Einem Arbeiter, der ein sinnvolles Rädchen im Reproduktionsprozess der Gesellschaft sein will, bietet es keine Lebensperspektive. Ein Grundeinkommen ohne Arbeitsangebot vertieft den Zerfall der Gesellschaft. Es fördert die Rekrutierung durch rechtslastige und religiöse Gruppen, die ihre Kameradschaft anbieten.

Eine ausführliche Begründung unter:

<https://www.dropbox.com/s/9gsdthz57pnvhae/Das%20BGE%20vom%20Kopf%20auf%20die%20Beine%20stellen%21.odt?dl=0>

Powerpoint-Argumente (ohne Kommentar) unter:

<https://www.dropbox.com/s/derrw94g4ay73vf/Theoretische%20Begr%C3%BCndung%20des%20BGE.pptx?dl=0>

[zurück](#)